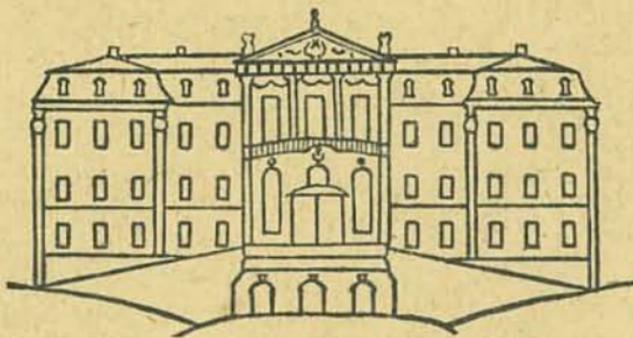


Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Erlebnisse und Ergebnisse

Zum Weltkongreß
der Friedenskräfte



194

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

C
410

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 52 Vom Glauben zum Bekenntnis – Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR
- 54 Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 128 Heinz Blütnner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 127 Rudolf Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Blütnner: Geordnete Beziehungen – Grundlage geistlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 145 Edmund Meclewski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas
- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche in Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt
- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917–1967

Wolfgang Heyl

Erlebnisse und Ergebnisse

Zum Weltkongreß
der Friedenskräfte

1974

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

25 Jahre DDR — 25 Jahre Friedenskampf	5
Wert und Verheißung des Weltkongresses	8
Optimismus des Friedens	11
Die Volksmassen und die Friedensfrage	14
Dienst des Christen für den Frieden	16
Sozialismus — die Macht, die Frieden schafft	21
Imperialismus auf der Anklagebank	25
Koexistenz — das ist heute der Friede	28
Abrüstung — kompliziert, aber durchführbar	33
Taten für den Sozialismus sind Taten für den Frieden	36

„Seit altersher“, so erklärte der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Iljitsch Breschnew, in seiner Rede vor den Delegierten des Weltkongresses der Friedenskräfte in Moskau, „sind Frieden und Arbeit miteinander verbunden. Kriege haben Ausbeutung und Unterdrückung mit sich gebracht, doch die Quelle des Friedens war letzten Endes immer der Mensch der Arbeit.“

In diesen Worten spiegelt sich viel vom Wesen des Sozialismus wider. Mit dieser Ordnung, die von den arbeitenden Menschen bestimmt und beherrscht wird, in der es demzufolge weder Ausbeutung noch Unterdrückung gibt, ist die Zeit des Friedens in der Welt angebrochen.

Wir erfreuten uns alle des Friedens, so sagte es Goethe, wenn „die Macht aufstünde gegen die Macht“. Der Dichter hat dies unter dem frischen Eindruck der Ereignisse und der Aufbruchstimmung der Französischen Revolution geschrieben, von der viele erhofften, sie würde den ewigen Frieden bringen. Doch solche Hoffnung mußte vergeblich sein; denn auf das soziale Unrecht des Feudalismus folgte ja nur das des Kapitalismus. Die Kriege dauerten fort und wurden immer schrecklicher.

Erst 1917, mit der Oktoberrevolution, ist wirklich „die Macht gegen die Macht“ aufgestanden, die Macht der arbeitenden Menschen gegen die Macht des Kapitals. Zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte erhielt der Friede seine reale Chance, wengleich die Versuche des Imperialismus, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, die Menschheit zunächst noch in einen zweiten Weltkrieg und in weitere Kriege stürzten.

Doch in dem Maße, in dem der Sozialismus an Kraft und Einfluß gewann, hat sich der Friede gefestigt. Die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten ist der Hauptfaktor der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten von Frieden und Sicherheit.

In diese Gemeinschaft hat sich die Deutsche Demokratische Republik vom ersten Tag ihres Bestehens an fest eingefügt. Werden und Wachsen unseres Staates sind unlöslich mit der Freundschaft zur Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft verbunden. In dieser Gemeinschaft setzt die DDR ihre ganze Kraft für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens ein. In der Solidarität der Bruder-

Christlich-DEMOKRATISCHE Union
Zentrale Schulungsstelle „Sillo-Nischke“

Eing.-Nr. 17.593/74
Sign.

länder wurden die internationale Anerkennung der DDR und ihre Aufnahme in die UNO durchgesetzt.

„In der erfolgreichen Entwicklung unseres sozialistischen Staates verkörpert sich ein Vierteljahrhundert des ständigen, unermüdligen Ringens für Frieden, Demokratie und Sozialismus. In diesem Kampf bestätigt sich immer wieder, daß Sozialismus und Frieden, Sozialismus und Demokratie, Sozialismus und Humanismus eine untrennbare Einheit bilden“, heißt es in den Thesen des Nationalrates der Nationalen Front der DDR zum 25. Jahrestag unseres Staates.

Die DDR hat konstituiert, was die deutschen Humanisten aller Zeiten sich ersehnten, was die besten Kräfte des Volkes trotz Blut und Tränen, trotz Verfolgung und Tod erkämpften.

Ein Staat des Friedens, der Demokratie und des Humanismus – das heißt, daß im Mittelpunkt allen Planens, Arbeitens und Strebens der Mensch steht. Ihm kommt unverkürzt zugeute, was er an materiellen und kulturellen Werten schafft. Frei von Krisen und Existenzangst, hat er alle seine Energien darauf konzentrieren können, die Trümmer einer unseligen Vergangenheit wegzuräumen und sich eine wahrhafte Heimstatt zu errichten.

Die gesellschaftlichen Grundlagen des Sozialismus bieten die Möglichkeit, die grundlegenden Rechte des Menschen in bisher ungekanntem Maße zu verwirklichen. Die Gesellschaft ist frei von Ausbeutung; gesichert ist die Menschenwürde, mit der es sich nicht vereinbaren läßt, daß ein Mensch des anderen Menschen Mittel und Werkzeug ist. Damit ist auch jeder Staatsbürger frei von ökonomischen Fesseln, die ihn hindern, sich seiner Rechte zu bedienen; damit herrscht wahre Gleichheit vor dem Gesetz; damit ist das Verhältnis Obrigkeit – Untertan überwunden. Die staatliche Souveränität der DDR ist das Ergebnis echter Volkssouveränität.

Oberstes Gesetz ist die Wahrung des Menschenrechts auf ein friedliches Leben. Garantiert und realisiert sind das Recht auf Arbeit, auf Sozial- und Gesundheitsfürsorge, auf Erholung. Mann und Frau sind gleichberechtigt. Der Jugend sind, wie es die Volkskammerfraktion unserer Partei in ihrer Stellungnahme zum neuen Jugendgesetz am 28. Januar 1974 betonte, „umfassende Möglichkeiten und alle Bedingungen ... für ihre eigene Anstrengung bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten geschaffen“.

Mit gutem Gewissen konnte die Regierungserklärung des jungen Staates 1949 den Weg „der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern“ proklamieren, denn sie wußte sich der sozialökonomischen und politischen Grundlagen dafür sicher. Eben das Fehlen dieser Grundlagen hatte sehr ähnlich klingende Erklärungen früherer deutscher Regierungen stets zur hohlen Phrase gemacht.

Mit gutem Gewissen auch konnte der 4. Parteitag unserer CDU im November 1949 sich zur eben gegründeten Deutschen Demokratischen Republik bekennen und erklären: „Die von der Regierung der Republik entwickelte Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern wird von der Union gerade aus ihrer christlichen Verantwortung vorbehaltlos unterstützt.“ Denn die christliche Verantwortung für die Dinge dieser Erde hat ihre Basis im allumfassenden Gedanken des Friedens.

Als Christen, die in der Welt Verantwortung tragen, haben wir vor nunmehr 25 Jahren mitgeholfen, die DDR zu gründen. Wir sind in unserer Absicht, damit dem Frieden, dem Wohl des Ganzen und dem Glück des Volkes zu dienen, bestätigt worden. Gewiß, wir haben damals manche Widerstände in den eigenen Reihen überwinden, manchen Zagenden aufrichten, manchen Zögernden mitreißen, manchen Zweifler überzeugen müssen. In harten prinzipiellen Auseinandersetzungen mit den rückwärtsgerichteten Kräften in unserer Partei haben wir unsere Überzeugung durchgesetzt.

Mit der Entschließung unseres 13. Parteitages konnten wir den Willen und den Auftrag unserer CDU bekräftigen, „aus christlicher Verantwortung an der weiteren Gestaltung des Sozialismus in unserer Republik, an der Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft und an der Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa mitzuarbeiten“. Unsere Entscheidung, die DDR mitzuschaffen, mitverantworten und mitzuregieren, war, ist und bleibt richtig. Heute sind wir sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens in einer Gemeinschaft, die uns umfassendere Möglichkeiten als jemals zuvor bietet, Frieden und Nächstenliebe im gesellschaftlichen Rahmen zu praktizieren.

Eine Friedensordnung haben wir schaffen helfen, in der der Mensch sich die Erde wahrhaft untertan machen kann; eine demokratische Ordnung, die nicht Selbstsucht und Eigennutz, sondern das gemeinsame Wohl im Blickpunkt hat; eine

moralische Ordnung, in welcher der Mensch Herr über sich selbst ist und dadurch dem Mitmenschen besser dienen kann.

Aus diesem Staat des Friedens, der Demokratie und des Humanismus kamen 54 Delegierte der DDR im Oktober 1973 zum Weltkongreß nach Moskau. Sie gehörten unterschiedlichen Bevölkerungsschichten an und konnten sich auf das Mandat der Bevölkerung ihres Landes stützen. Die Struktur der Gesellschaftsordnung dieses Landes, die Erfahrungen, die sie mitbrachten, waren die Grundlagen ihrer erfolgreichen und konstruktiven Mitarbeit an den Zielen dieses „Weltkongresses der Friedenskräfte für internationale Sicherheit und Abrüstung, nationale Unabhängigkeit und Frieden“, wie seine vollständige Bezeichnung lautete.

In Moskau gehörten die Abgesandten aus der DDR zu den 3200 Delegierten aus 144 Ländern der Erde und vereinten sich mit den Vertretern aus 130 internationalen und nationalen Organisationen, um die neue Lage in der Welt eindringlich zu demonstrieren.

Wert und Verheißung des Weltkongresses

Der Kongreß war in der heutigen Zeit möglich und notwendig.

Es war möglich, weil die Ausstrahlungskraft des real existierenden Sozialismus als der zuverlässigsten und natürlichsten Friedenskraft immer größer wird; weil das ständig zugunsten des Sozialismus sich verändernde Kräfteverhältnis in der Welt seine guten Auswirkungen auf den Friedenskampf der Völker immer deutlicher zeigt; weil die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sich weiter durchsetzt; weil die Rolle der Volksmassen im Friedenskampf gewachsen ist und sie ein neues, tiefes Solidaritätsgefühl erfaßt hat.

Er war notwendig, weil der Imperialismus immer aufs neue versucht, sich dieser Entwicklung mit allen möglichen Mitteln entgegenzustellen, und deshalb Kriege und Krisen noch immer die Völker bedrohen.

Der Weltkongreß der Friedenskräfte hat sich mit seinen Beratungen und Dokumenten, mit seinen Initiativen und Aktivitäten, mit Breite der Teilnahme und Tiefe der Darlegungen

vollauf das Recht erworben, ein historisches Ereignis in der Geschichte des Friedensstrebens genannt zu werden. Die Schwerter zu Pflugscharen und die Spieße zu Sicheln zu machen – schon das Alte Testament fordert es. Von der „Pax Romana“ über den mittelalterlichen Gottes- und Landfrieden bis in die jüngste Zeit erstrecken sich die Versuche, Konzeptionen für das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker zu schaffen. „Zum ewigen Frieden“ rief Immanuel Kant in einer Schrift mit diesem Titel vor fast zweihundert Jahren. Und etwas mehr als ein Jahrhundert ist vergangen, da mit ersten Friedensvereinigungen Christen wie etwa Ludwig Quidde ihre Forderungen an die Öffentlichkeit trugen – ehrenhaft ihr Wollen, aber ohnmächtig angesichts der Kräfte, die damals den Gang der Dinge bestimmten.

So laut und so aufdringlich, so weit verbreitet und so scheinbar selbstverständlich die Propaganda der Sklavenhalter, der Feudalherren und der Kapitalisten für ihre Raub- und Eroberungszüge auch immer gewesen sein mag – das Streben der arbeitenden Menschen nach Frieden hat sich behauptet. Friede – das ist die Möglichkeit, das Leben erst lebenswert zu machen, es zu lieben, ihm Sinn und Inhalt zu geben, es zu schützen und zu verteidigen.

Als christliche Demokraten wissen wir um unsere Friedensverantwortung. Und wir wissen zugleich um die Kräfte, die sich dem Frieden entgegenstellen. Um so bedeutsamer ist es uns, daß in dieser unserer Zeit „die erste Vollversammlung der Völker der Welt“ – so der Generalsekretär des Weltfriedensrates, Romesh Chandra, in seiner Eröffnungsansprache – zusammentrat.

Der Moskauer Kongreß war eine der gewaltigsten Manifestationen der Kräfte des Friedens gegen die Kräfte des Krieges, weder siegestrunken noch verzagt, sondern nüchtern und illusionslos in der Einschätzung der Lage und der Kräfte; und gerade deshalb sicher im Bewußtsein, daß der Friede zwar hart erkämpft werden muß, aber gewiß erreicht werden kann.

Was das Völkerforum besonders kennzeichnete, war der Wille der überwiegenden Zahl der Teilnehmer zur Einmütigkeit. Der Appell des Weltkongresses sagt: „Mögen sich unsere Auffassungen auch in vielem unterscheiden, so sind wir uns doch alle in dem wichtigsten Punkt einig, der Notwendigkeit, den Krieg aus der menschlichen Gesellschaft zu verbannen, jedem Volke das Recht zu sichern, frei seinen Weg zu wäh-

len und die großen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in den Dienst des sozialen Fortschritts zu stellen.“

In ehrlichem, sachlichem Streit der – verständlicherweise oft recht unterschiedlichen – Meinungen trat zutage:

- Friede ist die Menschheitsaufgabe schlechthin.
Vor vielen dringlichen und wichtigen Problemen steht die Welt. Doch keines läßt sich dauerhaft lösen, wenn nicht der Friede siegt.
- Friede ist unteilbar.
Noch immer tragen kriegerische Verwicklungen irgendwo auf der Erde den Keim zu weltweiten Konflikten in sich. Andererseits wirken reale Friedensschritte auch in die Krisengebiete hinein und tragen zur Isolierung der Aggressoren bei.
- Friede fordert das solidarische Handeln aller Friedenskräfte.
Unterschiede in der sozialen Stellung, in den politischen und weltanschaulichen Auffassungen dürfen kein Hinderungsgrund für gemeinsame Aktionen sein.
- Friede wird im antiimperialistischen Kampf durchgesetzt.
Der Krieg ist nicht anonym. Er hat ein Gesicht: das des Imperialismus. Wer den Frieden will und ihn sicherer zu gestalten bestrebt ist, muß gegen den Imperialismus kämpfen.
- Friede und Sozialismus bedingen einander.
Sozialismus braucht Frieden und schafft Frieden. Der Sozialismus hat das richtige Programm, und es wächst seine Macht, es durchzusetzen.
- Friede realisiert sich heute als friedliche Koexistenz.
Sie ist angesichts der gleichzeitigen Existenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung heute die alternativlose Möglichkeit, die Probleme auf unserem Planeten mit friedlichen Mitteln zu lösen.

So eindeutig der Kongreß auch die guten Traditionen der Friedensbewegung fortsetzte – nichts Vergleichbares ist ihm vorangegangen. Die neue Qualität, die er verkörpert, wird nicht zuletzt in den vier Begriffen deutlich, die Romesh Chandra in seiner Eröffnungsrede nannte:

Gemeinsam, von unterschiedlichen Organisationen und Vertretern unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher

Standpunkte, wurde der Kongreß vorbereitet und – wie sein Ergebnis dann gezeigt hat – auch durchgeführt.

Offen für alle, die sein Ziel, den Frieden, wollen, ist der Kongreß gewesen und – wie sein Ergebnis zeigt – auch geblieben. Offen sind seine Aufrufe zur Aktion für jeden, der den Frieden will.

Dialog – dieses Wort beschreibt die Möglichkeit, die einem jeden gegeben war, seinen Standpunkt darzulegen, den anderen anzuhören und mit ihm zu diskutieren.

Aktion – das soll und muß die Quintessenz des Kongresses sein. Aktionen für Frieden und Freiheit, für Sicherheit und Fortschritt, für das Recht der Völker und der Menschen auf Gerechtigkeit – dazu hat der Kongreß seine Impulse gegeben.

Der Kongreß hat bewiesen, daß der Kampf um den Frieden die breiteste Plattform ist, auf der sich die Interessen aller Völker treffen. In diesem Kampf finden sie immer enger zueinander, formieren sich zum Bündnis gegen Imperialismus und Krieg.

Darin liegen der Wert des Kongresses und seine Verheißung zugleich.

Optimismus des Friedens

Die Situation der Welt von heute stellt sich in einer neuen Qualität dar. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß sich die internationalen Beziehungen außerordentlich intensiv und in hohem Tempo entwickeln und daß in ihren Mittelpunkt immer mehr die Grundfragen rücken. Der internationale Klassenkampf wird komplexer und intensiver. Der gewachsenen Kraft der sozialistischen Gemeinschaft und ihrer abgestimmten Außenpolitik ist es zu danken, daß bedeutende internationale Probleme gelöst oder lösungsbereit gemacht werden konnten. Dabei geht es den sozialistischen Staaten unbeirrt um die Hauptfrage: den Frieden unerschütterlich zu machen.

Auf der anderen Seite gibt es noch starke Kräfte in der Welt, die der sozialistischen Friedenspolitik wie dem gesamten Friedenskampf der Völker erbittert widerstreben. Sie möchten die Welt wieder in die Zeiten des „kalten Krieges“ zurückstoßen. Mit den vielfältigsten Methoden versuchen sie, weiteren Terrainverlust zu stoppen und verlorene Positionen wiederzugewinnen. Dort, wo diesen Kräften durch Resolutio-

nen des UNO-Sicherheitsrates Grenzen gesetzt oder Sanktionen auferlegt worden sind, wie Israel im Nahost-Konflikt, sind sie bestrebt, diese Auflagen zu ignorieren.

Dort, wo sie vertraglich Frieden und Entspannung gelobt haben, wie die USA in Indochina, die BRD im Vertragswerk von Moskau, Warschau, Berlin und Prag, die Westmächte mit dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin, wollen sie ihre Politik trotzdem unverändert fortsetzen. Und dort, wo sie dazu stark genug zu sein glauben, greifen sie zu Terror und faschistischen Methoden, wie in Chile.

Dennoch ist unsere Einschätzung berechtigt, daß die gegenwärtig erreichten Fortschritte in der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz keine vorübergehende Erscheinung mehr sind, keine „Tauwetter-Periode“ bei anhaltendem „kaltem Krieg“, sondern mehr und mehr das internationale Klima bestimmen. Gewiß vollzieht sich dieser Prozeß nicht immer und überall gleichmäßig. In Europa beispielsweise hat er sich weiter als in anderen Regionen der Welt durchgesetzt. Aber das politische Klima in der Welt von heute wird mehr und mehr von diesem Prozeß bestimmt.

Der Optimismus der Friedenskräfte ist voll auf gerechtfertigt. Das ging in Moskau aus vielen Faktoren hervor, besonders aber aus der Projizierung des Friedensprogramms der Sowjetunion auf die heutige Situation durch den ersten Repräsentanten der ersten Friedensmacht der Erde, Leonid Breshnew.

In exakter Analyse der Weltlage hat er vor den Delegierten deutlich gemacht, wie und wodurch die Menschheit zum Frieden gelangen kann und wird.

In nüchterner Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Welt hat er nachgewiesen, daß das Fundament des Friedens der Sozialismus ist.

Eingehend hat er erläutert, daß Friede ehrliche, für alle Völker vorteilhafte Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen ermöglicht.

Es wurde eindrücklich, wie sich das alte Wort „Ex oriente lux“ in die Maxime verwandelt hat, unter die wir christlichen Demokraten unser ganzes Handeln gestellt haben: „Ex oriente pax“.

Für uns ergeben sich aus den wegweisenden Ausführungen Leonid Breshnews neue Impulse für unseren Friedensdienst,

für unser verantwortungsvolles Wirken in der Gemeinschaft der Friedenskräfte und zur weiteren Stärkung des Sozialismus.

In seiner Rede vor den Delegierten hat Leonid Breshnew die Philosophie des Friedens eine Philosophie des historischen Optimismus genannt. Er begründete dies und führte aus:

„Worauf beruht dieser Optimismus?“

Vor allem darauf, daß es einen so beständigen, mächtigen und dynamischen Friedensfaktor gibt wie den realen Sozialismus, dessen Friedenspolitik der Natur dieser Gesellschaftsordnung selbst entspringt. Unser Optimismus stützt sich auf die Einheit der Ansichten und des Handelns der Mehrheit der sozialistischen Staaten.

Unser Optimismus beruht auf dem tiefen Interesse vieler Staaten und Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, darunter der nichtpaktgebundenen Länder, an einem gerechten und demokratischen Frieden.

Unser Optimismus basiert auf den bereits errungenen Erfolgen der Politik der friedlichen Koexistenz, basiert darauf, daß in den führenden Kreisen einiger kapitalistischer Länder die Erkenntnis wächst, wie das reale Kräfteverhältnis in der Welt beschaffen ist und daß Kriege als Mittel zur Lösung internationaler Probleme unannehmbar sind.

Unsere Überzeugung von der Unüberwindlichkeit der Sache des Friedens stützt sich auf den festen Glauben an die große lebensbejahende Kraft der Friedensliebe des arbeitenden Menschen, des Arbeiters, des Bauern und des Geistesschaffenden, und sie machen die gewaltige, überwältigende Mehrheit der Erdenbewohner aus.

Unseren Optimismus in der Sache des Friedens verbinden wir schließlich mit der Tätigkeit aller gesellschaftlichen Bewegungen, die für den Frieden eintreten und hier, auf diesem Weltforum, so breit vertreten sind, mit der weiteren Entwicklung gemeinsamer Aktionen von Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Christen.

All das läßt uns hoffen, verleiht uns Zuversicht.“

Die Volksmassen und die Friedensfrage

„Die Zeit drängt. Wir glauben, daß der Kongreß eine gute Grundlage bilden und ein mächtiger Antrieb zur Vereinigung der Anstrengungen aller Friedensbewegungen für internationale Sicherheit und Abrüstung, für nationale Unabhängigkeit, Zusammenarbeit und Frieden werden wird. Die Zeit drängt.“

Mit diesen Worten endet das Kommuniqué des Weltkongresses. Sie machen den gegenseitigen Zusammenhang der Probleme ebenso deutlich wie die Notwendigkeit, im Friedenskampf jede Kraft, jeden Tag und jede Stunde zu nutzen.

Internationale Sicherheit ist heute mehr und mehr die Voraussetzung für das Überleben der Menschheit schlechthin geworden. Weil die Fortschritte von Wissenschaft und Technik noch nicht überall in der Welt auch von einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Ordnung begleitet sind und damit zum Nutzen der Menschen gehandhabt werden, haben sie eine unausweichliche Alternative mit sich gebracht: Entweder Ende der Kriege oder Ende der Menschheit.

Im Gegensatz zu anderen Perioden der Menschheitsgeschichte sind heute die objektiven Faktoren gegeben, um sicheren Frieden zu erreichen. Aber die objektiven Bedingungen sind noch nicht alles. Sie wollen erkannt, verstanden, durchgesetzt, klug genutzt und in der täglichen Praxis angewandt sein. Die Möglichkeiten, Frieden zu bewirken, sind das eine. Die Kräfte zu ihrer Durchsetzung zu mobilisieren, — das ist das andere, der sogenannte subjektive Faktor.

Auch in dieser Beziehung ist Zuversicht am Platze. Heute sind es schon viele hundert Millionen Menschen in allen Ländern, die ihre Interessen, also Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, nicht nur erkennen, sondern auch wahrnehmen.

„Einer der wichtigsten Faktoren der gegenwärtigen internationalen Entwicklung ist die aktive Teilnahme der Volksmassen, ihrer Organisationen und politischen Parteien an der Lösung der Probleme von Krieg und Frieden“, erklärte Leonid Breschnew vor den Delegierten des Weltkongresses und griff damit einen grundlegenden Gedanken des Freundschaftstreffens der Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder vom Juli 1973 auf der Krim auf.

Nicht nur das Erleben von Krieg, Unterdrückung und Aus-

beutung, hat zu dieser Aktivität geführt, sondern auch die immer stärker werdende Gewißheit, daß der Kampf gegen diese Geißeln der Menschheit nicht vergeblich ist.

Die Rolle der Volksmassen im Friedenskampf hat zwei Aspekte, einen innen- und einen außenpolitischen.

Im Sozialismus sind die Volksmassen bewußt und organisiert in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens unmittelbar Gestalter ihres eigenen gesellschaftlichen Lebens, einer Ordnung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Das wirkt innenpolitisch als Motor der stetigen weiteren Stärkung des Sozialismus und stabiler werdender internationaler Sicherheit sowie als Ansporn für die Kräfte des demokratischen Fortschritts in nichtsozialistischen Ländern.

In vielen Entwicklungsländern sind die nationalen Befreiungsbewegungen darangegangen, die Volksmassen im antiimperialistischen Kampf zu mobilisieren und zu organisieren. Trotz der unsäglichen Schwierigkeiten, die angesichts der von kolonialen und nekolonialen Strukturen dieser Länder verursachten Rückständigkeit auf vielen Gebieten besteht, sind erste bedeutende Erfolge erzielt. Innenpolitisch führt das die Bevölkerung aus der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung heraus, außenpolitisch stärkt es die Position der antiimperialistischen Kräfte.

Selbst in den Hochburgen des Imperialismus wenden sich immer mehr Menschen organisiert gegen die Auswirkungen imperialistischer Politik. Gewaltige Demonstrationen gegen Aggressionskriege, Massenstreiks wegen des ständig sinkenden Lebensniveaus des größten Teils der Werktätigen, machtvolles Anwachsen der kommunistischen und Arbeiterparteien in vielen imperialistischen Ländern beweisen dies. Das erschwert den herrschenden Kreisen dieser Länder das Manipulieren in den vielen Krisen, in die sie geraten sind. Es schwächt die Gegner der Politik der friedlichen Koexistenz und stärkt damit ebenfalls die Position der Friedenskräfte.

Alle friedliebenden Kräfte der Menschheit zur Sicherung der friedlichen Entwicklung aller Länder, aller Völker zu vereinen — das hat Leonid Breschnew auf dem Weltkongreß als die Forderung der Epoche bezeichnet. Die sozialistische Staatengemeinschaft ist dabei die Hauptkraft.

Die Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft

trägt der Rolle der Volksmassen im Friedenskampf stets Rechnung. Jede ihrer Initiativen zur Entspannung richtet sich nicht allein an die Regierungen, sondern zugleich auch an die Völker, vom ersten Gesetzgebungsakt der jungen Sowjetmacht, dem „Dekret über den Frieden“, bis zum heutigen Tag.

Wir christlichen Demokraten stimmen dem Appell des Kongresses aus eigener geschichtlicher Erfahrung zu, wenn er weiter sagt: „Solange es noch einen Fußbreit Boden gibt, auf dem Blut vergossen und Aggressionen begangen werden, solange noch einem Volk das Recht auf Entscheidung über das eigene Schicksal vorenthalten wird, solange es noch faschistische und rassistische Regimes gibt, die den demokratischen Willen des Volkes unterdrücken — so lange kann das Gewissen der Menschheit nicht ruhig bleiben, steht das Gebäude des Friedens nicht auf sicherem Fundament.“

Dienst des Christen für den Frieden

Die gewachsene Kraft der Volksmassen im Friedenskampf hat ihre Wirkung auf christliche und kirchliche Organisationen und Gremien nicht verfehlt. Zwei Einsichten sind in diesen Kreisen weiter gefördert worden, nämlich die, daß der Dienst des Christen für den Frieden sich nicht in Erklärungen erschöpfen darf, sondern zu aktiven und nützlichen Friedens-taten führen muß; und die, daß christliches Friedensstreben nur im Bunde und im Zusammenwirken mit allen Friedenskräften effektiv sein kann.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß der Vertreter des Weltkirchenrates auf dem Weltkongreß die Notwendigkeit der Einheit der Friedenskräfte betonte, wenn er sagte: „Wir sehen die reaktionären Kräfte agieren, die der Entspannung und dem Frieden entgegenwirken, und wir müssen uns vereinigen, um solchen Aktionen entgegenzutreten und alles zu beseitigen, was der Durchsetzung des allgemeinen Friedens im Wege steht. Es ist nicht leicht, den Frieden zu bewahren, doch wir sind überzeugt: Wenn sich alle Friedenskräfte vereinigen, wird unsere Aufgabe gelöst werden.“

Die Vorbereitung des Moskauer Weltkongresses und die Tagung selbst sind von Christen aus aller Welt mitgetragen worden. Im Plenum, in den Kommissionen, in den Begegnun-

gen nach Interessengebieten — überall wurde die Mitarbeit der christlichen Delegierten begrüßt, ihre Stimme gehört, ihr spezifisches Motiv für ihr Friedensstreben respektiert.

Es ist erfreulich, daß neben der Christlichen Friedenskonferenz und der Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten in Moskau auch — und vornehmlich zum erstenmal aus solchem Anlaß — der Ökumenische Rat der Kirchen, der Lutherische Weltbund, der Baptistische Weltkongreß, die Konferenz Europäischer Kirchen, die Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz, die Christliche Arbeiter-Jugend und die Internationale Union junger christlicher Demokraten vertreten waren. Die der vatikanischen Kommission „Justitia et Pax“ zugeordnete Bewegung „Pax Christi Internationalis“ hatte — ebenfalls erstmals zu solcher Gelegenheit — offizielle Beobachter entsandt.

Daß mit der Delegation der DDR drei Repräsentanten des Bundes der Evangelischen Kirchen in Moskau weilten, darf besonders diejenigen kirchlichen Amtsträger mit Genugtuung erfüllen, die sich schon seit Jahrzehnten für die Teilnahme der Christen und der Kirchen am Kampf der Friedenskräfte eingesetzt haben.

Sie werden mit uns gemeinsam befriedigt wahrgenommen haben, daß die Delegierten aus christlichen und kirchlichen Kreisen in Moskau voll in die allgemeine Zielsetzung des Kongresses einbezogen waren und mit den weltanschaulich anders orientierten Delegierten den gleichen Willen bezeugten. Sie spielten keine irgendwie „besondere“ Rolle. Sie bewegten sich nicht am Rande des Kongresses und beanspruchten keine Sonderstellung. So handelten sie wohl auch im eigenen Interesse am Frieden und erfüllten die eigene Friedenspflicht am besten.

Die stete Gemeinsamkeit und das brüderliche Zusammenwirken der christlichen mit allen anderen Friedenskräften ist ganz sicher ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen den militanten Antikommunismus, der sich nicht selten bemüht, die Unterstützung von Entspannungsschritten in die Kategorie der Weltanschauung einzuordnen, um damit die Meinung zu erzeugen, Christentum und Antisozialismus gehörten zusammen, christliches und marxistisches Friedensstreben schlossen demzufolge einander aus.

Dem steht — bestätigt auch vom Moskauer Kongreß — die Erkenntnis von Christen entgegen, daß ihr Friedensengage-

ment allein auf der Grundlage von Vernunft und Logik zu konkretisieren ist. Diese Konkretisierung aber führt auf einen Weg, welcher der Entspannung dient und der gemeinsam mit allen denen beschritten wird, die bei aller weltanschaulicher Verschiedenheit ebenfalls den Frieden wollen. Auch daran erweist sich wieder zugleich die Nützlichkeit gemeinsamen Handelns und die Richtigkeit der Konzeption derer, die diesen Weg im kirchlichen Raum schon seit langem gehen.

Das wichtigste Ergebnis der Repräsentanz und der Mitarbeit christlicher Friedenskräfte in Moskau aber dürfte sein, daß die Ergebnisse des Kongresses auch das Signum derer tragen, die mit dem Mandat ungezählter Christen aus aller Welt nach Moskau kamen.

Diese Gedanken, Erlebnisse, Erkenntnisse und Ergebnisse sind bei der Behandlung des Kongresses in christlichen und kirchlichen Kreisen der DDR vielfach und vielfältig zum Tragen gekommen.

Die Gemeinsamkeit in der tiefen Sehnsucht nach Frieden und Gerechtigkeit zählte die DDR-Delegierte Oberkirchenrätin Lewek auf der gemeinsamen Veranstaltung des Präsidiums des Friedensrates und des Nationalrates der DDR nach dem Kongreß zu ihren tiefsten Eindrücken aus Moskau. „Wir erlebten die Offenheit füreinander“, so sagte sie, „die Bereitschaft vieler, den anderen von seinen eigenen Voraussetzungen zu verstehen, ihn zu hören, ihn zu erfassen. Wir erlebten die Gemeinsamkeit in der tiefen Sehnsucht nach Frieden und nach einer besseren Gerechtigkeit für alle Menschen... Wir sind als Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Moskau dabeigewesen, motiviert und herausgefordert zu diesem Dabeisein durch das Evangelium, seine Aufforderung, Frieden zu schaffen und Frieden zu erhalten.“

Kirchenpräsident Eberhard Natho, Mitglied der DDR-Delegation, hob auf der Tagung der Arbeitsgruppe „Christliche Kreise“ beim Nationalrat am 28. November 1973 als Kongreßerfahrung besonders hervor: „Wir stehen erst am Anfang eines langen Weges. Es bedarf eines Instrumentariums des Friedens, das allen, wirklich allen, zur Benutzung offensteht, um Einfluß zu nehmen, um mitzuarbeiten, um das Ziel zu erreichen.“

Die Möglichkeiten der Kirche scheinen gering. Der lebendige Glaube an Jesus Christus aber ist eine Kraft, die in den

Schwachen mächtige Kräfte freisetzen kann, deren Einsatz mehr denn je erforderlich ist. Indem Christus uns liebt, uns vertraut, uns zur Gerechtigkeit wird, ja uns vom Gesetz in die Freiheit führt, schließt er uns auf zum konkreten politischen Handeln und ermöglicht uns das Mittun an den zu erstrebenden Voraussetzungen eines besser gesicherten Friedens und einer vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Völker.

Der Friede hat Bedingungen. Sie zu erkennen, einzuüben, zu gestalten und vorzuleben, diese Bedingungen mit anderen zu erreichen, das ist unsere Aufgabe.“

Der Weltkongreß habe den Kirchen des Bundes eine umfassende Sicht der Friedensproblematik eröffnet, betonte die Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR nach einem Bericht der Teilnehmer des Bundes am Moskauer Kongreß. Die Konferenz beschloß, das Sekretariat mit der Aufarbeitung der Kongreßergebnisse zu beauftragen, und äußerte ihr Interesse an der in Aussicht genommenen Fortsetzung der Arbeit des Friedenskongresses.

Vor Superintendenten, Pfarrern und Synodalen der Greifswalder Landeskirche erklärte der DDR-Delegierte und Bischof dieser Kirche, Horst Gienke, zum Weltkongreß: „Der Wille zum Frieden stellt uns in eine lebendige Gemeinsamkeit mit allen friedliebenden Kräften. Christen und Kirche sind überall dabei, wo es um den Frieden geht.“

Katholische Persönlichkeiten berieten in Dresden über die Ergebnisse des Kongresses. In einer Erklärung betonten sie: „Indem wir gemeinsam mit allen Menschen guten Willens den Ruf aus Moskau aufnehmen und willens sind, diesen durch unser Tun verwirklichen zu helfen, beherzigen wir zugleich die wegweisende Botschaft von Papst Paul VI. zum diesjährigen Weltfriedenstag der Kirche. Appell und Botschaft stimmen in der fundamentalen Erkenntnis überein: Der Friede ist notwendig, verpflichtend, vorteilhaft und möglich.“

Es hat sich während der vielen Gespräche mit kirchlichen Amtsträgern über den Moskauer Kongreß und die Fragen des Friedens immer wieder gezeigt, daß christliches Friedensstreben in unseren Tagen mehr denn je zuvor mit der Einsicht in die Notwendigkeit antiimperialistischen Kampfes und mit der Erkenntnis verbunden ist, daß Friede sich heute als friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung realisiert. Dabei herrscht weithin Klarheit dar-

über, daß antiimperialistischer Kampf und Einsatz für friedliche Koexistenz eine Einheit bilden, daß sie außerdem ein Schlüssel für immer neue und wirksame Aktivitäten im Friedenskampf sind.

Es wird den historischen Platz des Weltkongresses in der Geschichte auch der christlichen Friedensbestrebungen mitbestimmen, diese Erkenntnis festgeschrieben zu haben. Hinter Moskau wird keiner mehr zurück können, ohne die Ehrlichkeit seines Friedenswillens Zweifeln auszusetzen.

In Moskau hat dieser Stand der Erkenntnis ganz sicher erheblich dazu beigetragen, auch kirchliche Kräfte in die allgemeine Zielsetzung des Kongresses zu integrieren und ihr solidarisches Handeln zu inspirieren. Bei uns trägt er ganz sicher ebenso dazu bei, kirchliche Amtsträger enger in die gemeinsamen Bestrebungen zur Förderung und Festigung des Friedens einzubeziehen und sie zu aktiver Solidarität zu veranlassen.

Erlebnisse wie Ergebnisse von Moskau haben aber, wie bereits dargelegt, noch weiter geführt, nämlich zu der Erkenntnis, daß Friede und Sozialismus einander bedingen. Das deutlich zu machen, diese Konsequenz unseres Kongreßerlebens, die im übrigen voll mit unserer langjährigen Erfahrung als christliche Demokraten übereinstimmt, weiterzugeben, das ist zweifellos ein vordringliches Anliegen seiner Auswertung in christlichen Kreisen.

Der Sozialismus löst die Probleme unserer Zeit. Friede und Sozialismus – diese Verbindung kam in Moskau stets ins Gespräch, wenn es darum ging, daß der Imperialismus heute – ganz gewiß nicht zuletzt dank der wachsenden Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft – so weit in seine Schranken gewiesen ist, daß man sagen kann: Friede ist möglich.

Friede und Sozialismus – dieses Begriffspaar hat sich auf dem Kongreß stets als die Zuversicht für die ausgebeuteten, unter Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus leidenden Menschen in den Entwicklungsländern erwiesen.

Der Kongreß von Moskau hat erneut gezeigt, welche weltweite Konsequenz unser Engagement für die ständig fortschreitende Entwicklung von Staat und Gesellschaft der DDR als Teil der sozialistischen Staatengemeinschaft hat. Der Sozialismus, bei uns bereits reale Gegenwart, ist Zuversicht von vielen Millionen Menschen in allen Teilen der Erde. Das

nimmt uns in die Pflicht, das veranlaßt uns zu Konkretheit und Tat.

Es ist unsere Erfahrung: Aus dem Ja zum Frieden folgt zunächst die Bereitschaft zum Kampf gegen den Krieg und seine Wurzeln, eine Haltung, die sich heute in der Teilnahme am antiimperialistischen Kampf ausdrückt. Aber es gilt nicht nur, das Übel einzudämmen, sondern es zu überwinden und dem Frieden eine feste und sichere Heimstatt zu geben. So folgt aus dem Ja zum Frieden unser Ja zum Sozialismus. Anders können und werden wir, die wir in dieser Gesellschaftsordnung leben, auch dem Ruf des Kongresses nach Friedensaktionen nicht gerecht werden.

Sozialismus – die Macht, die Frieden schafft

Die Erfahrungen der Geschichte lehren uns, daß es realer, faßbarer Macht bedarf, um Imperialisten in ihre Schranken zu weisen.

In unerbittlichen Machtkämpfen bis hin zu weltweiten bewaffneten Auseinandersetzungen mit Millionen Opfern haben imperialistische Kräfte die Welt, die Rohstoffbasen, die Märkte und Einflußsphären sich gegenseitig weggenommen und in immer neuen Auseinandersetzungen immer neu verteilt.

In unerbittlichen Machtkämpfen unter Mißachtung von Völker- und Menschenrecht haben Imperialisten versucht und versuchen es noch, die Entwicklung des real existierenden Sozialismus zu verhindern oder wenigstens zu bremsen; auf die gleiche Weise versuchen sie noch heute, den Vormarsch von sozialem Fortschritt und Freiheit zu stoppen und verlorengegangene Einflußsphären zurückzuholen.

Und nicht anders hat der staatgewordene Sozialismus sich durchsetzen können als mit seiner ständig wachsenden realen Macht. In dem Maße, in dem die sozialistische Staatengemeinschaft politisch-moralisch, ökonomisch und militärisch an Stärke gewann, hat sich das Kräfteverhältnis in der Welt zu ihren Gunsten und damit zugunsten des Friedens gewandelt. Mit seinen realen Friedenskonzeptionen ist der Sozialismus die Alternative nicht nur zum Kapitalismus, sondern auch zum Krieg.

Buchstäblich ist es so, daß im Sozialismus jede zusätzliche

Produktionsleistung, jede neu erschlossene Rohstoffquelle, jedes Prozent mehr Nationaleinkommen, jeder Fortschritt auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet, aber auch jede Verteidigungsanstrengung und jeder neue Beweis der Entschlossenheit zur Abwehr imperialistischer Einflüsse die Kräfte des Imperialismus mehr und mehr zu der Einsicht zwingt, daß Verhandeln besser ist als Schießen.

Die weitere Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft ist für uns die erste und wichtigste Aufgabe im Friedenskampf.

Eine ganz wesentliche Rolle spielt dabei die sozialistische Integration. Die Friedensanstrengungen der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten und die neue Qualität der Zusammenarbeit der RGW-Staaten, wie sie das Komplexprogramm ausdrückt, stehen in engem Zusammenhang.

Die sozialistische Integration und besonders ihr Kernstück, die ökonomische Integration, hat sich als ein mächtiger Faktor zur Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft erwiesen. Die Staaten des RGW sind heute mit 34 Prozent der Weltindustrieproduktion die größte Wirtschaftsregion der Welt. Und die Wirtschaft ist bekanntlich das Hauptfeld der Politik.

Immer enger wird die Zusammenarbeit im RGW. Abgestimmte Pläne bis 1980, Ausbau der vorhandenen und Schaffung weiterer gemeinsamer Organisations- und Koordinationszentren, ständige Abstimmungs- und Konsultationsprozesse kennzeichnen dies.

Durch die gemeinsam abgestimmte Außen- und Militärpolitik der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, durch immer intensiver werdende wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen weitet sich der Integrationsprozeß aus.

Wir christlichen Demokraten haben dazu in der Entschliebung unseres 13. Parteitages erklärt: „Das Komplexprogramm der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die allseitige Zusammenarbeit und wachsende sozialistische Integration der Bruderländer ... stärkt das Fundament alles dessen, was der XXIV. Parteitag der KPdSU als gemeinsames Ziel nannte: eine einträchtige Familie von Völkern, in der die Menschen der Erde das Vorbild einer künftigen weltweiten Gemeinschaft freier Völker erblicken.“ Daher treten wir für die immer festere Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft ein.

Diese Gemeinschaft ist ein dynamischer Organismus, der beständig wächst, die noch vorhandenen Widersprüche Schritt für Schritt überwindet und sich immer mehr vervollkommnet. Das ist die Zuversicht nicht nur für die Sozialisten, sondern für alle Friedenskräfte in der Welt.

Immer deutlicher werden den Menschen im Sozialismus Merkmale wesenseigen, die den Integrationsprozeß direkt fördern, wie Kollektivgeist, sozialistische Parteilichkeit, sozialistischer Internationalismus und internationale Solidarität. Wir christlichen Demokraten zählen es zu den wichtigsten Aufgaben unserer politisch-ideologischen Arbeit, die weitere Herausbildung dieser Merkmale bei uns selbst zu fördern.

Immer bedeutsamer wird dabei die Bildung aller unserer Mitglieder im Geiste des sozialistischen Patriotismus und Internationalismus, im Geiste also recht verstandener Brüderlichkeit in neuen Dimensionen. Wir wollen die Erkenntnis erreichen und fördern, daß die Verwirklichung der sozialistischen Ziele im nationalen Maßstab und die Stärkung der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft in engem Zusammenhang gesehen werden müssen. Die Trennung des sozialistischen Staatsbewußtseins vom Internationalismus würde zurück zu bürgerlichem Nationalismus führen.

Integriert in eine Gesellschaft, die in hartem antiimperialistischem Kampf die gute Zukunft der Menschheit formt, findet sich der sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens in seinen Anliegen bestätigt.

Der Weltkongreß der Friedenskräfte ist von der friedensschaffenden Macht des Sozialismus zweifellos stark beeindruckt gewesen. Dazu hat nicht zuletzt das Auftreten der Vertreter der sozialistischen Staaten – im Plenum und in den Kommissionen, als Repräsentanten nationaler oder internationaler Organisationen – beigetragen. Bei aller Differenziertheit der behandelten Probleme, ob in den Fragen der europäischen Sicherheit oder des Umweltschutzes, ob zu den Problemen der Sicherheit in Asien oder der Entwicklungsländer, ob in der Stellungnahme zum Geschehen in Nahost oder Chile – stets kam zum Ausdruck, daß der Sozialismus die Lösungswege anzubieten hat, die der Sache und den arbeitenden Menschen gleichermaßen dienen.

In der sozialistischen Ordnung sind die gesellschaftlichen Hindernisse weggerissen, die dem Frieden und dem besseren Leben der Werktätigen im Wege stehen.

Moskau als Tagungsort bot zudem mehr als nur ideale äußere Bedingungen für das Völkerforum. Sichtbar stand jedem, der als Teilnehmer an diesem Forum in die sowjetische Hauptstadt gekommen war, vor Augen, was in der Grußadresse der DDR an den Kongreß mit dem Satz umrissen worden war: „In der Welt von heute ist der Friede nicht mehr zu Ohnmacht und Hilflosigkeit verurteilt.“ Die Macht und die Kraft der UdSSR im Friedenskampf wurden den Gästen aus aller Welt genauso deutlich wie die feste und ständig wachsende Macht und Kraft der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft.

Mancher der Kongreßteilnehmer ist bei dieser Gelegenheit zum erstenmal mit dem real existierenden Sozialismus in dessen Mutterland zusammengetroffen. Und mancher wird dabei das gleiche empfunden haben wie der Gewerkschafter John Harvey aus Glasgow, der auf dem Treffen von Vertretern nationaler und internationaler Gewerkschaftsorganisationen (wie die Treffen der Jugend, der Frauen, der Parlamentarier und der Religionsgemeinschaften Kongreßbestandteil) äußerte, er sei zum erstenmal in Moskau, und dies habe er erkannt: „Die sowjetischen Menschen kennen keine Furcht vor ihrer Zukunft, sie sind vor Rezession, Arbeitslosigkeit und anderen Übeln, die für die kapitalistische Wirtschaft kennzeichnend sind, geschützt.“

Die zahlreichen Begegnungen der Delegierten mit sowjetischen Bürgern in Betrieben, auf Veranstaltungen oder einfach auf der Straße haben gewiß bei manchen Kongreßteilnehmern noch mitgebrachte antisozialistische Vorurteile ausgeräumt, in andererseits Ungezählte in ihrer Gewißheit von der Sieghaftigkeit und Zukunftsträchtigkeit des Sozialismus bestätigt. Kein Zweifel, daß auch dies ein Beitrag zu den guten Ergebnissen des Kongresses war.

Die Freundschaft mit der DDR ist im gesamten Alltag der Sowjetunion lebendige Wirklichkeit. Wo immer wir mit den Moskauer Bürgern am Rande des Kongresses zusammentrafen, in Werkhallen, in Bildungsstätten, auf Straßen, auf Plätzen, haben wir DDR-Delegierte das verspüren dürfen. Überall haben wir uns „wie zu Hause“ gefühlt, im Kreise von Angehörigen der gleichen großen sozialistischen Völkerfamilie. Und als in der 81. Mittelschule im Stadtteil Kunzeow uns zu Ehren das Kinderlied erklang: „Immer lebe die Sonne...“, fühlten wir uns erneut in die Pflicht genommen, die gewaltigen Mittel

und Möglichkeiten, die die sozialistische Gemeinschaft für den Friedenskampf besitzt, um des Lebens, der Jugend und der Zukunft willen so gut wie nur möglich zu nutzen.

Imperialismus auf der Anklagebank

Mit welchen der dringlichen und komplizierten Probleme des Friedenskampfes sich der Weltkongreß auch befaßte — ob mit den Fragen der internationalen Sicherheit, mit Indochina, dem Nahen Osten oder Chile, ob mit Entspannung in Europa, mit Abrüstung, Umweltschutz, Beseitigung von Rassismus und Kolonialismus, mit sozialen Fragen oder Menschenrechten —, immer geriet zwangsläufig und gesetzmäßig der Imperialismus auf die Anklagebank der Völker. Rechtsextreme Kräfte und Chauvinisten in imperialistischen Staaten stören den weltweiten Entspannungsprozeß; Profitinteressen und Ausbeutungspolitik verursachen Interventionen; das Rüstungsgeschäft der Monopole hat die Abrüstung bisher verhindert; Konzerne wollen die wirtschaftliche Abhängigkeit von Entwicklungsländern als wohlfeile Profitquelle erhalten; wirtschaftliche Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft unterwirft die Menschen und tritt ihre Rechte mit Füßen; supranationale Monopolgemeinschaften setzen sich über Völkerrecht und zwischenstaatliche Verträge hinweg.

Die Summe aller dieser Erfahrungen hat eindeutig ergeben, daß der Imperialismus seit seiner Existenz zahllose Kriege und Konflikte in allen Teilen der Welt verursacht hat. Diese Lehre Lenins war für die überwiegende Zahl der Kongreßteilnehmer eine gesicherte Einsicht. Dabei hat der Kongreß in seiner Gesamtheit sehr wohl auch der Dialektik Rechnung getragen, daß einerseits zwar die sozialökonomischen Grundlagen von Kriegen erst mit der Überwindung der Ausbeuterordnung auf der ganzen Welt beseitigt werden können, daß andererseits aber gleichwohl im harten Ringen um friedliche Koexistenz die Gefahr eingeschränkt werden kann, daß Imperialisten zum Krieg als dem Mittel organisierter bewaffneter Gewalt zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Ziele greifen.

Die Erfahrungen der Abgesandten der Völker decken sich mit unserer Feststellung auf dem 13. Parteitag: „Wie immer

der Imperialismus taktieren mag und sich dem zugunsten des Sozialismus veränderten Kräfteverhältnis anzupassen versucht — er ist und bleibt das historisch überlebte, unmenschliche System der Ausbeutung und des Krieges.“

Es kann keinen gesicherten Frieden geben, wenn nicht Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität eines jeden Volkes gesichert sind. Analysiert man einmal die mehr als 30 Kriege, militärischen Konflikte und Interventionen der Zeit seit 1945, so ergibt sich, daß sie stets die Aggression gegen diese unveräußerlichen Rechte eines Volkes oder mehrerer Völker zur Ursache hatten. Das war so bei den US-Aggressionen in Korea und Vietnam, das ist das gleiche bei der israelischen Aggression, in den portugiesischen Kolonialkriegen und an anderen Stellen der Welt. Es ergibt sich aber auch, daß die Gefahr der Ausbreitung solcher Konflikte um so wirksamer eingeschränkt wurde und wird, je entschlossener diese Aggressionen abgewehrt werden und je wirksamer die internationale Solidarität mit den Überfallenen praktiziert wird. Sowohl dank der ständig wachsenden Kraft des Sozialismus als auch dank dem immer größer werdenden Einfluß der Volkskräfte auf den Gang der Dinge ist es heute die Regel, daß die Aggressoren auch zugleich die Verlierer sind.

Doch viele Delegierte aus den Entwicklungsländern haben in Moskau mit Recht darauf hingewiesen, daß ihre Völker in besonderem Maße noch der imperialistischen Willkür ausgesetzt sind. Mit Krediten sollen unlösbare Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen, mit der Ansiedlung von Industrien geringer Wachstumschancen soll die Ausbeutung verschärft, mit wirtschaftlichen Pressionen sollen die Befreiungskämpfe niedergehalten werden.

Es war sehr nützlich und dem Gesamtanliegen des Kongresses förderlich, daß die entsprechenden Kommissionsberatungen zu dem Ergebnis kamen: Die nationalen Befreiungsbewegungen sind die rechtmäßigen Vertreter ihrer Länder und Völker, und die immer noch existierende Ausbeutung, der Kolonialismus und Neokolonialismus führen zu Konfliktherden. Die Verwirklichung der UNO-Beschlüsse gegen Kolonialismus und Rassismus wurde gefordert.

In der Kommission „Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit“ konnte klargestellt werden, was den Begriff „Entwicklung“ in sozialistischer Sicht von dem unterscheidet, was der Imperialismus darunter versteht.

Für die sozialistischen Staaten heißt „Entwicklung“, den Entwicklungsländern zu helfen, ihre politische und wirtschaftliche Stellung so zu stärken, daß die ausgebeuteten Klassen sich befreien können, daß die staatliche und gesellschaftliche Souveränität dieser Länder voll gewährleistet wird und sie imstande sind, ihren wohlverdienenden Platz in der Familie der Völker aus eigener Kraft einzunehmen.

Die Imperialisten hingegen wollen mit gezielten kommerziellen Maßnahmen den abhängigen wirtschaftlichen Status dieser Länder nicht nur erhalten, sondern deren staatliche und gesellschaftliche Souveränität noch weiter einengen, um erreichbare Höchstprofite nicht zu gefährden. Damit nehmen sie diesen Ländern die Möglichkeit, auf ihren rechtmäßigen Platz in der Völkerfamilie zu gelangen.

Es ist gewiß auch kein Zufall, daß im Schlußappell der Konferenz die schärfste Anklage gegen den Imperialismus im Zusammenhang mit dem Kolonialismus erfolgte.

Gerade in diesem Zusammenhang ist in Moskau noch eines klargestellt worden: Es gibt ungeheure Probleme in dieser Welt. Millionen Menschen müssen hungern. Schreckliche Krankheiten sind zu bekämpfen. Der Umweltschutz muß gemeistert werden. Im antiimperialistischen Kampf und in enger Verbindung mit der Friedensfrage werden auch diese Probleme in Angriff genommen und gelöst werden müssen. Und je sicherer der Friede ist, desto mehr Mittel werden zu ihrer Lösung bereit stehen können — nicht nur, aber auch materielle Mittel.

Friede ist nicht denkbar ohne Gerechtigkeit für die Völker, ohne Respektierung der Rechte der Menschen und Völker. „Nach einem gerechten Frieden, einem demokratischen Frieden, das heißt, einem auf der Respektierung der Rechte und Interessen aller Völker basierenden Frieden“ ist zu streben, wie Leonid Breschnew auf dem Kongreß betonte. Die Kommission, die sich mit dem Thema „Soziale Probleme, Menschenrechte und Frieden“ befaßte, hat zum Kommuniqué des Moskauer Weltkongresses die Feststellung beigetragen, daß zu den wichtigsten Menschenrechten das Recht auf Leben und auf Arbeit in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gehört. Freiheit, so wird festgestellt, heißt Verfügung über sozialökonomische Rechte und ihre wirksame Garantie sowie die Möglichkeit zur Wahrnehmung politischer und Bürgerrechte.

Es mag für uns als Bürger eines sozialistischen Staates viel-

leicht nicht ganz einfach und selbstverständlich sein, diese Grundrechte des Menschen, die uns längst zur kaum mehr bemerkten täglichen Wirklichkeit geworden sind, zu den anderwärts noch zu erkämpfenden Friedensvoraussetzungen zu rechnen. Aber wer in Moskau erlebt hat, wie bewegend Delegierte nicht nur aus den Entwicklungsländern, sondern auch aus hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten beispielsweise die Ausbeutung anprangerten, der sie unterworfen, die soziale Ungerechtigkeit, der sie ausgesetzt sind, der würdigt um so mehr die Feststellung Leonid Breshnews in seinem Referat auf dem Kongreß, daß der Sieg des Sozialismus die Rechte der werktätigen Menschen nicht nur verkündet, sondern realisiert hat, „und zwar so, wie dies der Kapitalismus in keinem Lande der Welt tun konnte“.

Die 100 Millionen Arbeitslosen der nichtsozialistischen Welt sind ein schlagender Beweis dafür, wo die Menschenrechte tatsächlich gefährdet sind – im Kapitalismus, und nicht in den sozialistischen Ländern, wie eine zur Zeit auf Hochtouren laufende antisozialistische Propaganda behauptet. Fest steht jedenfalls, daß das Fehlen wichtiger Menschenrechte in nichtsozialistischen Ländern von jeher Anlaß zu Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen war und ist. Friede ist also nicht denkbar ohne Gerechtigkeit für die Menschen, die nur im harten und konsequenten antiimperialistischen Kampf auf allen Gebieten durchgesetzt werden kann.

Koexistenz – das ist heute der Friede

Unüberbrückbar sind die Gegensätze zwischen Sozialismus und Imperialismus; keine Konvergenz gibt es zwischen diesen gesellschaftlichen Systemen, zwischen den Staaten, die auf deren Basis existieren. Aber das darf dem Frieden nicht im Wege stehen. Er kann nicht aufgeschoben werden, bis alle Völker die Ausbeuterordnungen überwunden haben. Heute und hier muß er realisiert werden – in der Welt, wie sie jetzt ist.

Zu dem Wichtigsten, was der Sozialismus zur Friedensstrategie ausgearbeitet hat, gehört daher das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung. Dieses Prinzip ist heute die alternativ-

lose Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderbestehens sozialistischer und kapitalistischer Staaten. Es beruht auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und gegenseitigem Vorteil. Sein Ziel ist die Lösung strittiger internationaler Fragen mit friedlichen Mitteln.

„Koexistenz – das ist heute der Friede“, hat Otto N u s c h k e formuliert schon in einer Zeit, da man sich auf imperialistischer Seite noch keineswegs dazu bequemen wollte. Heute sagt sogar der Außenminister der USA: „Wir sind zur Koexistenz gezwungen.“ Die Politik der friedlichen Koexistenz ist sozialistische Politik, sie entspricht dem Wesen des Sozialismus und dient seinem Ziel, dem Wohl der Menschen und Völker, sie ist ein Stück internationalen Klassenkampfes und eröffnet zugleich Möglichkeiten weltweiter Zusammenarbeit.

Es ist höchst bedeutsam, daß der Weltkongreß in seinen Beratungen und Dokumenten sich der Bedeutung dieses Prinzips voll bewußt gewesen ist. Daß es sich immer mehr durchgesetzt hat, wurde als ein wichtiger Grund für die Entspannung gewürdigt, die in vielen Teilen der Welt Platz gegriffen hat. Es ist inzwischen erwiesen, daß diese Politik die Aggressionsgefahr vermindert und zur Einschränkung des militärisch-industriellen Komplexes in den imperialistischen Ländern beitragen kann. Dadurch hat sie auch günstige Auswirkungen auf den politischen und sozialen Kampf der Arbeiterklasse in diesen Ländern. Die weitere Anerkennung und Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Einklang mit der internationalen Sicherheit auf der Grundlage gegenseitig vorteilhafter internationaler Zusammenarbeit zwischen den Staaten nennt der Moskauer Appell andererseits als erste Forderung der Völker für das Wohl aller Menschen der Welt.

Der Kongreß von Moskau ist in jeder Hinsicht ein kämpferischer Kongreß gewesen. Er hat die Übereinstimmung aller seiner Teilnehmer auch darin erzielt, daß Friede nicht „Friede um jeden Preis“ heißen kann. Wer die Politik der friedlichen Koexistenz so verstehen wollte, versteht sie falsch; das zeigt ein Blick auf die Dokumente der Konferenz.

Friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung heißt auch nicht, dem imperialistischen Gegner Tür und Tor für Infiltrationen jeglicher Art in

sozialistische Staaten zu öffnen. Wir wissen sehr gut um die Notwendigkeit der Abwehr solcher Versuche. Mit Recht hat der Leiter der DDR-Delegation auf dem Weltkongreß, Prof. Albert Norden, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, vor dem Plenum des Kongresses ausgeführt: „Wenn wie in der BRD Ewiggestrige, die zudem noch in manch wichtiger Funktion sitzen, alten Ungeist und gescheiterte Politik mit neuen Verträgen praktizieren und die friedliche Koexistenz durch unfriedliche Mittel aushöhlen wollen, so darf ihnen das nicht gestattet, dürfen Koexistenzkonferenzen nicht von Interventionsinteressen umfunktioniert werden. Wachsamkeit ist überall geboten, auch hier in Europa, da die Gegner der Entspannung sich mit der neuen Lage nicht abfinden und ihre schmutzigen Finger am Feuer von neuen Konflikten wärmen möchten.“

Das Konzept, nach dem all dies zur Unterwanderung der friedlichen Koexistenz geschieht, ist nicht neu. Je deutlicher die imperialistischen Kräfte spüren mußten, daß ihnen versagt war, die sozialistischen Länder oder zumindest Teile von ihnen im militärischen Handstreich zu nehmen, desto eifriger wurden sie im Erfinden von Methoden, durch die Hintertür in die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten einzudringen.

In dieser Absicht haben sich revanchistische Organe der BRD schon seit langem Gedanken über den „geistigen Kampf in der Koexistenz“ gemacht. Ihr Konzept ist in diesen Tagen erschreckende Realität. Sie empfehlen, zunächst die Bevölkerung sozialistischer Staaten „mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise“ zu verunsichern. Findet sich dann der eine oder andere, der abtrünnig wird, so sind Stellungnahmen gegen solche Leute zum Anlaß zu nehmen, „Mitleid ... zu erwecken ...“

Versuche, beispielsweise das Transitabkommen zwischen DDR und BRD zum Menschenhandel zu mißbrauchen, dienen ähnlichen Zwecken. Als die DDR sich jener Praktiken erwehrte, entrüsteten sich die Publikationsorgane von Springer und seinesgleichen, um die Täter zum Opfer zu stempeln.

Natürlich bringt die Politik der friedlichen Koexistenz auch der anderen Seite Vorteile. Sie fördert beispielsweise die Möglichkeit der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit auf vielen Gebieten zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Sie regelt die Lösung von Fragen, die im beiderseitigen Interesse liegen, durch Verträge. Das alles nützt nicht

nur den sozialistischen Staaten, sondern auch breiten Kreisen in den kapitalistischen Ländern.

Wir sind uns von Anfang an völlig im klaren darüber gewesen, daß die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten die Erweiterung der Beziehungen auf den verschiedensten Gebieten einschließt. Aber über die Versuche, sie unter fadenscheinigen Vorwänden zu Infiltrationen in die sozialistischen Länder zu mißbrauchen, hat L. I. Breshnew auf dem Weltkongreß ausgeführt: „Man spricht von Freiheit und Demokratie, von Menschenrechten, in Wirklichkeit dient jedoch diese ganze spektakuläre Kampagne nur einem Ziel: die Versuche einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten zu vertuschen, die imperialistischen Ziele ihrer Politik zu verschleiern. Man spricht von ‚Liberalismus‘, meint aber die Liquidierung der realen Errungenschaften des Sozialismus und die Unterhöhlung der sozial-politischen Rechte der Völker der sozialistischen Länder.“ Wer das unternimmt, kann noch so eifrig seine ehrlichen Absichten beteuern – er wird sich vorhalten lassen und daran gehindert werden müssen, normale Beziehungen zu mißbrauchen.

Nicht selten, und besonders intensiv von der Führung der CDU/CSU, wird unter der Flagge der friedlichen Koexistenz für den „freien Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen“ gestritten. Natürlich sind wir für den freien Austausch wahrheitsgemäßer Informationen. Aber wir sind dagegen, wenn Hetzkampagnen gegen den Sozialismus mit diesem Etikett versehen werden. Natürlich sind wir für kulturelle Beziehungen und Kontakte zwischen den Menschen. Aber wir sind gegen Menschenhandel und gegen die Infiltration westlicher Unkultur. Damit befinden wir uns in voller Übereinstimmung mit den entsprechenden UNO-Beschlüssen.

Niemals werden wir zulassen, daß die sozialistische Ordnung gefährdet wird. Mit der Förderung des Sozialismus vollzieht sich die Abgrenzung vom imperialistischen System. Je stärker der Sozialismus wird, desto stärker setzt sich der Abgrenzungsprozeß durch. Friedliche Koexistenz und Abgrenzung gehören zusammen. Mit beidem wird angestrebt, soviel Frieden wie möglich zu erreichen.

Auf die erfolgreiche Durchsetzung der friedlichen Koexistenz hofft die friedliebende Welt. Auch das hat sich in Moskau gezeigt. Aus den Ergebnissen, die in Europa erzielt werden,

schöpfen die Friedenskräfte auf anderen Kontinenten Mut und Hoffnung. Immer intensiver unterstützen sie die Politik der friedlichen Koexistenz. Auch das ist uns Anlaß, keinen Schritt zuzulassen, mit dem Sinn und Zweck dieser Politik durchkreuzt werden sollen.

Die Zeiten, da man hierzulande ruhig zusehen konnte, wenn „hinten, weit, in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen“, sind ja bekanntlich lange vergangen. Wissenschaft und Technik haben Entfernungen überbrückt, die früher unüberwindlich schienen. Die Menschen sind einander nähergekommen, aber auch die Konfliktherde. Die Widersprüche, Gebrechen und Gefahren der imperialistischen Gesellschaft sind mit der Potenzierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ebenso potenziert worden wie die Vorzüge der sozialistischen Ordnung.

Die vielzitierte Interdependenz, also der gegenseitige Zusammenhang, der Krisenherde auf der Welt zeigt ebenfalls, daß der Weltfrieden noch immer gefährdet ist. Lokale Konflikte können zu einer weltweiten Auseinandersetzung führen.

Die Universalität der UNO und die bisher erreichten Ergebnisse in der Vorbereitung und Durchführung der europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit zeigen andererseits, daß allen Staaten die Möglichkeit zur Mitarbeit an den Problemen des Friedens gegeben ist. Und wie es eine Interdependenz der Krisenherde gibt, so auch eine Interdependenz der Entspannungserfolge. Ohne irgendwelchem Eurozentrismus das Wort zu reden, kann festgestellt werden, daß Entspannungserfolge in Europa im Einklang mit der Gesamtlinie der Verbesserung der internationalen Beziehungen in der ganzen Welt stehen und daß umgekehrt Störungen des Entspannungsprozesses auf unserem Kontinent eng mit den Konflikten in anderen Gebieten des Erdballs verbunden sind. Unverkennbar ist auch, daß es wiederum die gleichen Kräfte sind, die durch ihre Interventionspolitik Unruhe in der Welt stiften und andererseits alles unternehmen, um die europäische Konferenz zumindest nicht rasch zu Ergebnissen kommen zu lassen. Der Weltkongreß der Friedenskräfte hat klargemacht, was die Völker wollen: daß die Schlußdokumente der europäischen Sicherheitskonferenz so bald wie möglich und auf höchster Ebene unterzeichnet werden. Wir sind optimistisch, daß dies erreicht werden kann.

Abrüstung – kompliziert, aber durchführbar

Eines der kompliziertesten Probleme im Friedenskampf ist das der praktischen Lösung des Problems der Einstellung des Wettrüstens und das der Abrüstung. Zu verlockend sind für die Monopole die leicht zu realisierenden Rüstungsgewinne. 46 Milliarden Dollar haben die USA-Konzerne am ersten Weltkrieg verdient, 123 am zweiten und 118 an der Korea-Intervention. Auf das Doppelte stiegen ihre Profite während der Aggression gegen Vietnam. Fast viermal so hoch wie in der übrigen Industrie waren die Umsatzsteigerungen der elf wichtigsten am Rüstungsgeschäft beteiligten Konzerne der USA in den letzten zehn Jahren. Entspannung erzeugt bei ihnen Entsetzen. In seinem Buch „Die Konsequenz“ schildert das der amerikanische Autor C. Wright Mills so: „...so wie die Russen eine versöhnliche Geste machen, fallen die Börsenkurse. Wenn man befürchtet, es könnte zu Verhandlungen kommen, ... spiegeln die Aktienkurse durch die Schwankungen die sogenannte Friedenspolitik wider.“

Rüstung kauft bekanntlich nicht der Privatmann, sie wird vom Staat, und damit sicher, finanziert. Ein früherer Beamter des US State Department, R. J. Barnett, weiß zu berichten, daß von jedem Dollar des Staatsetats 70 Cents direkt oder indirekt der Rüstung zufließen und nur 11 Cents für die Verbesserung der „Gesellschaftsstruktur“ verwandt werden.

Um dieses gute Geschäft zu erhalten, wird nicht wenig Propaganda gemacht. Neben der alten Behauptung von der ständig drohenden „roten Gefahr“, die allerdings heute bei weitem nicht mehr so zieht wie früher, begibt man sich auf das Gebiet des Fatalismus. Die Rüstung, so hört man dann, sei das unvermeidliche Resultat des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Er bringe ja ständig neue Möglichkeiten zur Perfektionierung der Waffentechnik hervor. Aber ebensowenig wie die Erfindung des Schießpulvers oder des Dynamits zu den Kriegsursachen gerechnet werden kann, gilt das für die Atombombe.

Zudem beweist ein Blick in die jüngste Geschichte klar, wie die Dinge wirklich liegen. Wer entwickelte die Atombombe und scheute sich nicht, sie anzuwenden? Wer forcierte das Wettrüsten mit immer neuen Waffensystemen? Die imperialistischen USA. Wer ergriff die Initiative zum Kernwaffenteststopp-Abkommen, zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, zu Verhandlungen über die Rüstungs-

begrenzung wie denen, die zur Zeit in Wien stattfinden? Die sozialistische Sowjetunion. Nicht die Technik ist das Entscheidende, sondern die gesellschaftliche Ordnung, in der sie angewandt wird.

Unhaltbar ist auch die Behauptung, das Wettrüsten sei gewissermaßen ein Friedensfaktor, es Sorge für die Erhaltung des „Gleichgewichts des Schreckens“. Doch ein Friede auf solcher Basis ist ein labiler Friede, der unversehens in Konfrontation umschlagen und weltweite Konflikte auslösen könnte. Nicht Gleichgewicht des Schreckens, sondern Gleichgewicht der Sicherheit – das war der Vorschlag der UdSSR auf dem Moskauer Kongreß dazu.

Daher ist es nötig, die vorliegenden Verträge und Abkommen über Abrüstung strikt zu erfüllen und alle Länder zum Beitritt zu gewinnen. Daher sollten, wie der Kongreß empfohlen hat, die fünf Kernwaffenmächte einen Gewaltverzichtsvertrag schließen. Daher sollten die Vorschläge zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen, zur Liquidierung ausländischer Militärstützpunkte und über das Verbot der Stationierung nuklearer Waffen auf ausländischen Territorien in der Praxis verwirklicht werden. Daher sollte möglichst bald eine Weltabrüstungskonferenz einberufen werden.

Die sozialistische Staatengemeinschaft unterstützt diese Vorschläge allein schon deshalb, weil auch ihr durch das Wettrüsten finanzielle Opfer abverlangt werden. Für das damit gebundene Geld könnten nicht nur viele dringliche Probleme in den eigenen Ländern gelöst, sondern auch, wie der Generalsekretär der KPdSU auch auf dem Kongreß wieder anregte, Mittel zur weiteren Unterstützung der Entwicklungsländer frei gemacht werden. Der Vorschlag der Regierung der UdSSR vor der UNO, das Rüstungsbudget der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um 10 Prozent zu kürzen und einen Teil der frei werdenden Gelder diesem Zweck zuzuführen, liegt also weiter auf dem Tisch. Übrigens, um die Bedeutung der Abrüstung plastisch zu machen: Die Mittel, die alle Länder in den letzten zehn Jahren für Rüstung ausgegeben haben, würden ausreichen, die Wohnungsprobleme in allen Ländern der Erde restlos zu überwinden.

Ebenso wie der Friede unteilbar ist, ist auch die Verantwortung für seine Erhaltung unteilbar. Indem der Kongreß von Moskau immer wieder die Notwendigkeit betonte, alle Friedenskräfte in die Bemühungen um die Bewältigung der vor

ihnen stehenden Aufgaben einzubeziehen, hat er zugleich denjenigen eine Absage erteilt, die heute noch – aus welchen Gründen auch immer – die Friedensverantwortung allein den „Supermächten“ UdSSR und USA zuschieben wollen, wobei es allein schon eine Infamie ist, die sozialistische Sowjetunion und die imperialistischen USA kurzerhand in einen Topf zu werfen.

Natürlich tragen diese beiden Mächte eine besondere Verantwortung für den Frieden. Natürlich sind in diesen Ländern die wirksamsten und mächtigsten Waffensysteme konzentriert. Aber man kann bekanntlich die Friedensbereitschaft eines Staates weder von der Größe seines Territoriums noch von der Bestückungsliste seiner Armee ablesen. Einzig maßgebend ist seine Gesellschaftsordnung. Fördert sie die Bereitschaft zum Frieden, oder steht sie ihr im Wege? Stellt man die Frage so – und nur so hat sie Sinn –, dann ergibt sich erstens, daß man UdSSR und USA aufgrund ihrer gegensätzlichen gesellschaftlichen Struktur im Blick auf den Frieden eben niemals gleichstellen kann, und zweitens, daß die Friedenskräfte in allen Staaten unseres Planeten gerufen sind, ihr Teil zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Deshalb wehren sich die Volkskräfte in vielen von den USA kontrollierten Staaten mit Recht gegen die Zumutung, sie in sogenannte Stellvertreterkriege zu verwickeln und mit lokalen Konflikten Unruhe und Unsicherheit in die internationale Atmosphäre zu tragen.

Die positiven Veränderungen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA in den letzten beiden Jahren und die in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Verträge dienen nicht, wie die chinesischen Führer glauben machen wollen, der „Aufteilung der Welt“ zwischen den „Supermächten“, sondern dienen den Interessen der vertragsschließenden Länder und ebenso der internationalen Sicherheit. In den Konfliktsituationen der letzten Zeit hat sich das gezeigt, besonders im Nahen Osten.

So schwierig es auch sein mag – Abrüstung, Kernwaffenverbot und Aggressionsverbot müssen durchgesetzt werden. Auch dafür ist die Zeit herangereift. Dabei muß es immer um konkrete Maßnahmen zur Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen gehen, so wie es die Konzeption der sozialistischen Staaten beispielsweise zu den Wiener Verhandlungen ist. Solche Verhandlungen erfordern von den sozialistischen Staaten viel Geduld. Ein Erfolg von heute auf morgen ist nicht zu

erwarten. Doch im ganzen gilt auch für das komplizierte und schwierige Problem der Abrüstung: Optimismus ist am Platze.

Taten für den Sozialismus sind Taten für den Frieden

Wie die Teilnehmer des Weltkongresses aus den unterschiedlichsten Ländern, sozialen Bereichen und politischen Richtungen nach Moskau gekommen sind, also aus unterschiedlichen Situationen, so sind sie nach dem Kongreß in unterschiedlichen Situationen darangegangen, zur Durchsetzung der Kongreßbeschlüsse beizutragen.

Wir christlichen Demokraten in der DDR befinden uns dabei in einer grundlegend anderen, einer außerordentlich günstigen Position im Vergleich zu Christen in kapitalistischen Ländern.

Wir Christen aus der DDR konnten mit der Gewißheit aus Moskau abreisen, daß die für den Frieden wichtigen und nützlichen Ergebnisse des Kongresses sich in Übereinstimmung mit der Regierungspolitik unseres Landes befinden, die wir als christliche Demokraten mitgestalten, mitverantworten und mit durchsetzen.

Jener christliche Bürger in einem kapitalistischen Staat findet die Moskauer Beschlüsse zwar in Übereinstimmung mit der Friedenspflicht des Christen, aber im Gegensatz zu der Gesellschaftsordnung, in der er lebt. Denn dieser Ordnung ist der Friedensgedanke im Grunde wesensfremd. Friedensschritte vollziehen sich in einer solchen Ordnung deshalb nie ohne Widerstand und Widerspruch durch die Herrschenden. Das erschwert natürlich das friedensgemäße Handeln eines solchen Bürgers. Doch die Solidarität aller Friedenskräfte ist ihm bei diesem Handeln eine wichtige Stütze.

Als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens sehen wir uns durch die Ergebnisse von Moskau veranlaßt, unseren Weg unbeirrt weiterzugehen, stets bemüht um die wirkungsvolle, von Wissen und Erkenntnis getragene Tat zur Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft und für die Freundschaft mit der Sowjetunion. Die Ergebnisse des Moskauer Kongresses rufen uns zur Tat.

Wenn der Friede die Menschheitsaufgabe schlechthin ist, dann heißt das für uns, daß Friedensdienst Dienst an der

ganzen Menschheit ist und daß niemand sich diesem Dienst entziehen darf. Wir, denen im Unterschied zu vielen Menschen in nichtsozialistischen Ländern die Wahrheit über die Entstehung von Krieg und Frieden zugänglich und die Schlußfolgerungen daraus praktikabel sind, sollten diesen Vorzug zu ständiger eingehender Analyse der Situation nützen, in der sich Kampfgefährte und Gegner befinden, und aus den Erkenntnissen dieser Analyse heraus handeln.

Wenn der Friede unteilbar ist, dann heißt das natürlich in erster Linie, daß Friedensbruch in einem Teil der Welt die ganze Welt gefährdet. Es heißt aber gewiß auch, daß die Verantwortung für den Frieden umfassend ist. Es gibt da keine auszuklammernden Bereiche. Deshalb sehen wir die Mitverantwortung, die wir christlichen Demokraten in unserem Staat tragen, im Sinne der sozialistischen Verfassung der DDR als Verantwortung für das Ganze.

Wenn der Kampf um den Frieden die Einheit aller Friedenskräfte fordert, dann schließen wir darin auch ein, aus der wachsenden Bedeutung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in unserem Staat abzuleiten, daß unsere Mitverantwortung immer größer wird. Wir wissen dabei um die höheren Aufgaben, die aus der Einheit von sozialistischem Patriotismus und sozialistischem Internationalismus erwachsen. Wir wollen den Anforderungen entsprechen, die sich aus der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie ergeben. Durch die immer wirksamere Mitarbeit in der Nationalen Front und in den Volksvertretungen erfüllen unsere Ortsgruppen den gesellschaftlichen Auftrag unserer Partei.

Wenn Friedenskampf antimperialistischer Kampf ist, dann ruft uns das zur Solidarität mit allen denen, die gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus und imperialistische Unterdrückung kämpfen.

Wenn Friede und Sozialismus einander bedingen – und gerade die Erkenntnis der Wahrheit dieses Satzes macht eine weite Strecke des Erkenntnisprozesses von uns christlichen Demokraten aus –, dann heißt das für uns nach wie vor, die wirkungsvolle, von Wissen und Erkenntnis getragene Tat für den Sozialismus zu leisten und sie bei den uns nahestehenden parteilosen Bürgern zu fördern. Um des Menschen willen mobilisieren wir alle uns zugänglichen Potenzen zur weiteren Erfüllung der Hauptaufgabe, wecken und fördern wir bewußte Aktivitäten zur Mitarbeit an der Erreichung

der Ziele des Volkswirtschaftsplanes. Christliches Arbeitsethos bewährt sich im Sozialismus bekanntlich an der bestmöglichen Erfüllung der Planaufgaben. Wer Friedensdienst sagt — am Arbeitsplatz in erster Linie vermag er ihn zu realisieren; denn ein hohes Tempo der volkswirtschaftlichen Entwicklung bringt den Sozialismus und damit den Frieden als Grundlage des Volkswohls voran. Im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 25. Jahrestages der DDR helfen wir, den Beitrag unseres Landes zur weiteren ökonomischen Festigung der sozialistischen Gemeinschaft redlich zu leisten. Der Einsatz unserer Freunde auf den Gebieten des Bildungswesens zur Mitarbeit an der ständigen Qualifizierung aller Bürger als Grunderfordernis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sei dabei ebenso einbezogen wie die Mitarbeit an den Aufgaben der Kultur als persönlichkeits- und gemeinschaftsbildende Kraft und an den Belangen des Gesundheits- und Sozialwesens als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zur Förderung von Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Lebensfreude.

Wenn schließlich Friede sich heute als friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung realisiert, dann mahnt uns das zur rechten Mitarbeit an der Durchsetzung dieses Prinzips. Dabei wissen wir, daß friedliche Koexistenz und Abgrenzung unmittelbar und untrennbar zusammengehören, daß Verträge mit imperialistischen Staaten noch keinen Wandel imperialistischen Denkens und Zielens bewirken, daß Wachsamkeit nach wie vor unerlässlich ist.

Der Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau hat uns sozialistischen Staatsbürgern christlichen Glaubens erneut und so eindrucksvoll wie selten zuvor die Notwendigkeit und die Möglichkeit vor Augen geführt, dafür zu sorgen, daß künftig kein Blatt im Buch der Menschheitsgeschichte mehr mit Blut befleckt sein wird.

Der Kapitalismus will mit seinem Programm die Welt von gestern zur Welt von morgen machen. Wir aber haben uns aus christlicher Verantwortung dem Friedensprogramm des Sozialismus verschrieben, das aus der unfriedlichen, ungeordneten Welt von gestern eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit machen will und machen kann. Daran mitzuarbeiten sind wir fundamentalen Forderungen unseres Glaubens schuldig.

Unsere Gewißheit, dem Frieden am besten durch die Stär-

kung des Sozialismus zu dienen, ist geschichtlich bestätigt. Diese Gewißheit gehört und wird immer gehören zu den Grundfesten unserer politischen Überzeugung als christliche Demokraten.

Diese Gewißheit hat uns in den nunmehr 25 Jahren der aktiven Mitgestaltung unserer sozialistischen DDR geleitet und wird uns weiter Richtschnur sein.

So erfüllen wir, was aus den Thesen des Nationalrates zum 25. Jahrestag der DDR hervorgeht: Als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens wirken wir am Aufbau des Sozialismus mit, unterstützen wir aktiv die Sicherung des Friedens, fördern wir die internationale Solidarität. Das sichert uns heute und in Zukunft einen geachteten Platz in unserem Staat.

- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917-1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedens
- 174 Günter Wirth: Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte
- 175 Wolfgang Gudenschwager: Zur Kulturpolitik der CDU 1945-1952
- 176 Gerhard Fischer: Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben
- 177 Wolfgang Heyl: Was unsere Parteigeschichte lehrt
- 178 Wladimir Petrowitsch Grenkow: In Freundschaft verbunden
- 179 Carl Ordnung: Christen im Ringen um eine bessere Welt - Zum Selbstverständnis der Christlichen Friedenskonferenz
- 180 Günter Wirth: Karl Liebknecht über Christentum und Kirche
- 182 Werner Wünschmann: Kulturvoll leben - staatsbewußt handeln
- 183 Werner Wünschmann: Für die sozialistische Bildung und Erziehung der jungen Generation
- 184 Der Auftrag der Tschechoslowakischen Volkspartei
- 185 Wladimir Petrowitsch Grenkow: Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte - Zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR
- 186 Gerald Götting: Politisch-ideologische Arbeit - Hauptfeld unseres Wirkens
- 187 Hans-Joachim Beeskow: An der Seite der jungen Arbeiterklasse - stud. theol. et phil. Edmund Monecke - Ein Beitrag zum 125. Jahrestag der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49
- 188 Gerhard Fischer: Wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse - höhere Mitverantwortung im Bündnis
- 189 Ulrich Fahl: Der gesellschaftliche Auftrag der CDU und seine Verwirklichung durch die Ortsgruppen und Kreisverbände der Partei
- 190 Prof. Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Gemeinsamkeit in Weg und Ziel
- 191 Wolfgang Heyl: Orientierungspunkte unseres 13. Parteitages
- 192 Dr. Siegfried Krügel: Gesandt in die Welt - Aspekte der ökumenischen Profilierung des Luthertums während der letzten 50 Jahre
- 193 Gerald Götting: Sozialistische Außenpolitik entspricht den Lebensinteressen der Völker

Verkaufspreis 0,50 M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin